

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/45. Jahrgang

November 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

Spekulant Benko "rettet" Karstadt

Sechs der 83 Filialen werden 2015 geschlossen; bis zu 21 weitere Kaufhäuser

können folgen. Zusätzlich werden 2.000 der noch 17.000 Beschäftigten entlassen, Gehälter eingefroren, Urlaub- und Weihnachtsgeld gibts nicht. Mit dieser "Sparpolitik" zur "Rettung" haben die Beschäftigten in den letzten zehn Jahren 700.000.000 Euro für ihre Arbeitsplätze bezahlt! Klar ist: Weitere Zugeständnisse bringen überhaupt nichts. Widerstand ist angesagt!



Instinktlos + raffgierig

Kaum ist die LaGa beendet, wurde ausgerechnet die Pachtgebühr für die Kleingärten um fast 25% erhöht! Nach einem Proteststurm soll dies jetzt "überprüft" werden.

Nachhaltig sind nur die Schulden

Mit Ach und Krach hat die LaGa 500.000 Besucher – statt der angestrebten 700.000 – erreicht, und dies nur durch kostenlosen Eintritt am Abschlussstag. Eine endgültige Bilanz – die exakte Höhe des Defizits – wird noch auf sich warten lassen. Die Angaben über Kosten und Zuschüsse waren auch bis dato intransparent, eine Offenlegung der Finanzsituation ist mehr als angebracht.

Dazu gehört auch die Bilanz des Freibads, das in diesem Jahr von 25.000 Menschen kostenlos über die LaGa benutzt werden konnte. Dieses Defizit von rund 37.000 Euro ist zwar vergleichsweise gering, muss aber auch aufgebracht werden.

Wem hat die LaGa letzten Endes

(Fortsetzung auf Seite 3)

Wohnbau auf der Anklagebank

1000 Euro an zuviel bezahlten Betriebskosten verlangt eine Mieterin der Wohnbau zurück. Die Sache an sich wurde nicht bestritten, da die damalige Reinigungsfirma mehr als das Doppelte von dem kassierte, was der derzeitige Mieterservice der Wohnbau bekommt – bei allerdings nach wie vor gleich schlampigen Leistungen. Richter Klaus-Peter Jesse jedoch schien der Klage keine Chance geben zu wollen, da der Vertrag mit der Reinigungsfirma bereits bestand, bevor der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Als ob die Mieterin zu diesem Zeitpunkt das habe wissen können! Überhaupt wurden seine Präferenzen deutlich, indem Herrn Pitz, der die Wohnbau vertrat, reichlich Raum gegeben wurde, während der Rechtsanwalt der Klägerin, Herr Wagner, kaum ausreden konnte. Noch

mitten im Satz begann der Richter, der die Verhandlung im Galopp durchzog, lautstark in sein Diktiergerät zu sprechen. Auch der Klägerin wurde von ihm das Wort abgeschnitten. Das Urteil soll am 20.11. verkündet werden.

Im Anschluß schien Herr Pitz Verhandlungsbereitschaft zeigen zu wollen und möchte wohl in einem weiteren Gespräch eine gütliche Einigung erzielen. Dies scheint jedoch unwahrscheinlich, denn die Mieterin, die eine Menge Beweismaterial gesammelt hat, will auf ihrem Recht bestehen und notfalls in die nächste Instanz gehen. Fest steht aber jetzt bereits: es lohnt sich, für seine berechtigten Interessen zu kämpfen. Leider schrecken davor viel zu viele aus Angst und Unwissenheit zurück – und verschenken damit eine Menge Geld.. E.B.

Inhalt:

Es lebe die DDR	S.2
Wohnungsnot in Gießen	S.3
Rhön-Klinikum/Adoptionen	S.4
SDAJ in Aktion/Hartz-IV- "Reform"	S.5
R.Deeg/Rechts- + Unrechtsstaat/Leserbr.	S.6
Anti-LaGa-Kunst/Rußland/NS-Untaten	S.7
Termine/9.November ohne VVN	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Es lebe die Deutsche Demokratische Republik

Die Hetze, mit der ungebrochen auch nach 25 Jahren noch immer gegen die DDR zu Felde gezogen wird, läßt eigentlich nur einen Schluß zu: man hat mächtig Angst vor der Ausstrahlung dessen, was dieser Staat darstellt.

Auch daß sein Name – einzigartig im Sprachgebrauch – nur mit dem dämlichen Zusatz „ehemalig“ verwendet wird, soll signalisieren: dieser Staat ist ein für alle Mal vorbei. Und um ja keine positiven Reaktionen aufkommen zu lassen, wird die „ehemalige DDR“ mit der ebenfalls einzigartigen Kategorie „Unrechtsstaat“ bedacht, ein Begriff, den es juristisch nicht gibt, ebenso wenig wie es Länder gibt, in denen nie Unrecht geschieht. Mit Staaten, die die Menschenrechte aufs Ärgste mißachten, pflegt die BRD übrigens seit je her freundschaftliche Beziehungen wie mit dem rassistischen Apartheid-System in Südafrika, mit dem faschistischen Chile Pinochets und den arabischen Diktaturen, wo das Köpfen wegen Banalitäten zum Alltag gehört.

Nein, der einzige Unrechtsstaat soll die DDR sein.

Bei Lichte besehen stand die DDR, die zu den zehn stärksten Industrienationen zählte, sehr gut da: den Menschen ging es gut, alle hatten Arbeit, Bildung, bezahlbare Wohnungen, Kultur... Es gab weder Obdachlosigkeit, noch Armut und daher we-

der Tafeln, noch Kleiderkammern, geschweige denn Zwangsarbeit zum Hungerlohn wie Hartz IV.

Aber die Freiheit

Demonstrationen gegen Staat und Regierung wurden unterbunden im Gegensatz zur BRD, wo man demonstrieren darf, aber die Herrschenden machen trotzdem, was sie wollen und verschärfen permanent die



Diese Broschüre zur DDR wurde kürzlich von der SDAJ herausgegeben. Sie umfaßt 34 Seiten, kostet 1 Euro - auch beim Gießener Echo erhältlich (bei Versand + 1 Euro Porto)

Ausbeutung. Zudem kann es – wenn das Kapital seine Pfründe gefährdet sieht – gefährlich werden. Weil sie für Frieden, Freiheit und Antifaschismus demonstriert haben, wurden sie erschossen (Philipp Müller 1952, Benno Ohnesorg 1967) oder mit dem Wasserwerfer totgefahren (Günter Sare 1985).

Auch Asylsuchende müssen um ihr Leben fürchten, nicht nur wegen faschistischer Mörderbanden, die mit Unterstützung bzw. Duldung des Verfassungsschutzes sie ermorden und ihre Häuser anzünden, sondern auch wegen Mißhandlungen durch staatliches Personal, das sie bei le-

bendigem Leib verbrennen läßt (Oury Yalloh 2005) oder quält wie jüngst in NRW.

Aber die Reisefreiheit

Hier jubeln die DDR-Fresser über ihr letztes Argument. Richtig, viele DDR-Bürger haben der Westpropaganda geglaubt und ihr Land verlassen, sind geflohen; und je grausigere Schauer-geschichten sie erzählten, um so mehr wurden sie hier hofiert. Fakt ist aber auch: seit Anfang der 1980er Jahre konnte jeder DDR-Rentner (Rentnerinnen ab 60 Jahre) ohne weiteres die BRD besuchen. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht. 1988 besuchten 6.700.000mal Rentner die BRD oder Westberlin. Hinzu kommen 1,1 Millionen, die aufgrund dringender Familienangelegenheiten

in den Westen kamen. Diese Zahlen sind nicht aus dunklen Stasi-Unterlagen, sondern stammen aus dem Bayernkurier vom 11.10.2014.

Von diesen Millionen Menschen (natürlich sind dabei auch Mehrfachbesuche enthalten) nutzten gerade einmal 1 Promille, einer von Tausend, die Gelegenheit zur „Flucht“ (wdr, 9.9.2004).

Alle anderen kehrten gerne dahin zurück, wo es ihnen gut ging und sie ein gesichertes Leben hatten, in ihren „Unrechtsstaat“, von dem - als einzigem deutschen Staat – nie ein Krieg ausging.

Erika Beltz



Wohnungsnot in Gießen – im Kapitalismus planmäßig

Manche Menschen haben das Glück, frei zu entscheiden welchen Anteil ihres Einkommen sie für ihre Wohnung ausgeben wollen. Viele haben aber keine Wahl, darunter alle Bewohner von Hartz IV oder Grundsicherung. Für sie legt eine Behörde eine Obergrenze fest, Kosten der Unterkunft (KdU) genannt, die nicht überschritten werden darf. In Gießen sind das für Alleinstehende 290 Euro Kaltmiete, für jede weitere Person kommen etwa 60 Euro dazu. Sie haben ein riesiges Problem, denn es gibt nicht genug Wohnungen in dieser Preisklasse. Besonders krass ist das in Gießen für Singles, für 2750 Betroffene gibt es gerade mal 750 Wohnungen mit Kaltmieten unter 290 Euro. Im Kreisgebiet gibt es nur für 30% aller Betroffener Wohnungen unterhalb der Obergrenzen.

Von den Politikern wird dieser Mißstand nicht wahrgenommen oder sogar abgestritten. Dabei liegt der Grund für den Mangel eindeutig bei der seit Jahrzehnten betriebenen Wohnungspolitik. Immer mehr Wohnungen fallen aus der Mietpreisbindung

heraus, es gibt aber kaum noch sozialen Wohnungsbau. Ganz im Gegenteil, die kommunalen Wohnungsgesellschaften, allen voran die Gießener Wohnbau, treiben mit Modernisierungen, vor allem thermischer Sanierung, die Mieten immer weiter in die Höhe. Die thermische Sanierung ist besonders lukrativ für Wohnungsbesitzer. Sie können jährlich 10% der

fänger von Hartz IV ist es besonders schlecht – die Heizkosten würden vom Amt bezahlt, die höhere Miete aber treibt den Betrag über die Höchstgrenze der KdU, er muß entweder umziehen oder sich die Mehrkosten vom Mund absparen. In höheren und höchsten Preisklassen gibt es in Gießen immer mehr Wohnungen, alle paar Wochen berichtet die Presse von neuen Bauvorhaben privater Investoren die damit hohe Profite einfahren – und bei der Präsentation der Pläne steht die zuständige Bürgermeisterin Weigel-Greulich auch noch stolz dabei. Die Stadt könnte mit Auflagen regeln, daß bei allen Baumaßnahmen auch bezahlbare Sozialwohnungen gebaut werden. Wenn die Investoren dann nicht mehr wollen, könnte die Wohnbau wieder ihre eigentliche Aufgabe übernehmen – preiswerte Wohnungen schaffen. Jahr für Jahr führt diese angeblich soziale Einrichtung Millionengewinne an die Stadt ab – die Mieter sanieren die Stadtkasse. Schluß damit – Wohnen muß wieder eine öffentliche Aufgabe werden. Gernot Linhart



Kosten auf die Mieter umlegen. Nach 10 Jahren ist alles bezahlt, die Mieten bleiben hoch und die Wertsteigerung war für den Eigner gratis. Der Mieter hat zwar etwas geringere Heizkosten, das gleicht aber die Mietsteigerung bei weitem nicht aus. Für Emp-

gen – preiswerte Wohnungen schaffen. Jahr für Jahr führt diese angeblich soziale Einrichtung Millionengewinne an die Stadt ab – die Mieter sanieren die Stadtkasse. Schluß damit – Wohnen muß wieder eine öffentliche Aufgabe werden. Gernot Linhart

/Fortsetzung von Seite 1)

Nachhaltig sind nur...

genutzt? Die Bevölkerung wurde weder gefragt noch mit einbezogen, weshalb die Akzeptanz in großen Teilen ausblieb. Was bleibt von der LaGa – außer einem Haufen Schulden? Dies kann auch durch das nachträgliche städtische Zweckjubeln nicht verhehlt werden. Das finanzielle Desaster war vorhersehbar und kann jetzt nicht schön geredet werden. Die schmerzhaften Folgen werden wir zu spüren bekommen.

Durch das Bürgerbegehren der BI konnte wenigstens der Schwanenteich, der zu einem kahlen rechteckigen Becken verunstaltet werden sollte, in etwa gerettet werden. Dennoch ist der Verlust der Trauerweiden (aus "Versehen" gefällt) und des Brückchens eine Schande und die neue Brücke eine Missgestalt. Dass der Schwanenteich nicht ganz in das

LaGa-Gelände einbezogen (und den Spaziergängern genommen) wurde, ist vermutlich dem Druck der Bevölkerung zu verdanken. Denn die gesperrte neue Brücke hätte nur dann Sinn gehabt, wenn sie auch hätte



benutzt werden können. Nicht wieder gut zu machen ist der Frevel an der Natur, das Fällen vieler Bäume und die Vertreibung einheimischer Vögel, deren Brutstätten vernichtet wurden und das Zerstören der Lebensräume der Wildbienen und anderer Lebewesen.

Auch die „Events“ der LaGa entpuppen sich als Fehlschlag: das Palmencafé wird abgerissen, die Blumenbeete geschreddert und der Quell-

garten - so er denn bleibt – wohl eingezäunt. Die Brücke an der Wieseckmündung kommt weg, die Wiederkehr ist fraglich. Unter welchen Bedingungen die Rückkehr von Blau-Weiß im nächsten Jahr stattfinden wird, wird sich weisen.

Laut einer Online-Umfrage der Gießener Allgemeinen im Oktober sind - von 1700 Teilnehmern - 70% der Meinung: „Es ist unnötig viel Geld ausgegeben und die Natur beschädigt worden.“ So ist es.

Auch von den sog. Begleitmaßnahmen ist wenig übriggeblieben. Nachdem die LaGa-Pläne für die Lahn und das Schlachthofgelände radikal abgespeckt wurden, bleibt als positives Ergebnis nicht viel mehr als Rübsamen-Steg und die Gestaltung des (umstrittenen) Bahnhofsvorplatzes, wobei es nicht mal dazu gereicht hat, die denkmalgeschützte Treppe zur Friedrichstraße zu renovieren. Dazu hätte es keiner LaGa bedurft. M.L.

Rhön-Betriebsräte fordern neue Personalbemessung

Der Konzern-Betriebsrat der Rhön-Kliniken AG, zu der auch das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) gehört hat, eine politische Initiative zur Behebung der ständigen Überlastung des Personals gestartet. In einem offenen Brief wurde die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform aufgefordert, eine gesetzliche Personalbemessung für Kliniken einzuführen. In den Rhön Kliniken hat die Arbeitsüberlastung die Grenzen des zumutbaren überschritten. Trotz starker Zunahme der Fallzahlen und der durchschnittlichen Schwere der Behandlung hat sich die Zahl der Beschäftigten nicht entsprechend erhöht. Abhilfe könnte durch gesetzlich festgelegte Mindeststandards bei der Personalbemessung geschaffen werden.

Von 1992 bis 1997 gab es eine Pflegepersonalregelung (PPR). Diese dient noch heute als Bemessungsgrundlage für die Vergütung der Krankenhäuser durch Fallpauschalen. Profite machen die Klinikbetreiber, indem sie in der Realität die in der PPR genannten Zahlen erheblich unterschreiten – auf Kosten des Personals (Überlastung) und der Patienten (schlechtere Behandlung und Pflege). Das betrifft natürlich nicht nur die Rhön-Kliniken, sondern alle Krankenhäuser, besonders die privat betriebenen.

Nach Erhebungen der Gewerkschaft verdi fehlen in deutschen Kliniken 162 000 Stellen, davon 70 000 im Pflegebereich. An der Berliner Uni-Klinik Charité ist es den Beschäftigten mit Hilfe von verdi erstmals gelungen, die Geschäftsleitung zu Zugeständnissen zu zwingen. Mit Streiks und anderen Aktionen erreichten die Beschäftigten die Einstellung von zusätzlichem Pflegepersonal. Nach einigen Monaten wird von einer Kommission aus Geschäftsleitung und Personalvertretern überprüft, wie sich diese Maßnahme auswirkt und ob sie

ausreicht. Der offene Brief der Rhön-Betriebsräte könnte ein Auftakt sein, für alle Krankenhäuser einen ähnlichen Erfolg zu erkämpfen. Private Klinikbetreiber machen Profite, indem sie das Pflichtbewusstsein ihrer Beschäftigten gegenüber den Patienten ausnutzen. Jeder Euro, der für die Krankenversorgung bezahlt wird, muß auch dafür verwendet werden und darf nicht in die Taschen von Aktionären oder Gesellschaftern fließen. Langfristig müssen alle privatisierten Kliniken wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Gernot Linhart

Partikeltherapie – Rhön bleibt vertragsbrüchig

„Hoffnung für Krebspatienten“ – mit diesem Satz leitete eine Gießener Zeitung ihren Bericht über die geplante Inbetriebnahme der Partikeltherapie-Anlage am Uniklinikum Marburg ein. Bekanntlich war Bau und Betrieb dieser neuartigen Einrichtung Bestandteil des Kaufvertrages, mit dem das Uniklinikum Gießen-Marburg an die Rhön-Kliniken AG verschleudert wurde. Als sich herausstellte, daß die Anlage nicht profitabel betrieben werden kann, wurde sie vor Beginn der für Ende 2012 geplanten Inbetriebnahme von der Rhön AG an den Erbauer Siemens AG zurückgegeben – ein eindeutiger Vertragsbruch. Siemens verwendete die 100 Millionen Euro teure Anlage für Forschung und Entwicklung und mottete sie dann ein. Die Hessische Landesregierung ließ sich lange von der Rhön AG auf der Nase herumtanzen anstatt auf dem Vertrag zu bestehen. Jetzt soll das Krebsforschungszentrum Heidelberg als Mehrheitsgesellschafter die Einrichtung betreiben – immer noch ein Vertragsbruch. Die im Eingangssatz erwähnte Hoffnung für Krebskranke trifft auf die jetzt und seit 2013 Betroffenen nur bedingt zu. Viele von ihnen werden den Start der Bestrahlungen nicht mehr erleben. Gernot Linhart

Vermittlung von Adoptionen wieder kommunal – aber nicht leichter

Der Landkreis Gießen hatte vor einigen Jahren die Adoptionsvermittlung aus dem Jugendamt ausgegliedert und an den sog. freien Träger Caritas vergeben. Dies hatte die DKP seinerzeit im Echo kritisiert. Nun wurde dies aufgrund der Kritik der Fachaufsicht des Landes wieder beendet und die Adoptionsvermittlung an das Jugendamt zurückgeführt. Jetzt wollen die Jugendämter der Stadt Gießen und der Landkreise Gießen und Wetterau kooperieren. Für alle drei sollen eine Vermittlungsstelle für Adoptionen in Gießen eingerichtet und Synergieeffekte erzielt werden. Wir nennen dies weiteren Stellenabbau. Wie sollen denn Betroffene und Interessierte z.B. aus Kefenrod und seinen Ortsteilen, aus Büdingen und seinen Ortsteilen usw. nach Gießen gelangen? Entfernungen von 70 km

und mehr dürften keine große Motivation sein und ein Verweis auf öffentliche Verkehrsmittel durch den Dezernenten des Wetteraukreises wirkt nur lächerlich. Hier wird mit geringen Fallzahlen weiterer Stellenabbau vorangetrieben. Wir fordern flächendeckende Beratungsmöglichkeiten für Adoptionsvermittlungen. H.R.

Jugendamt antwortet später

Die im letzten Echo angekündigte Antwort auf die Fragen von Michael Beltz zu den Fallzahlen im Jugendamt muß zurückgestellt werden. Das Jugendamt bat wegen Überlastung - um längere Fristen. Die wurden gewährt; ist doch die dünne Personaldecke bekannt, die Anlaß zur Forderung nach mehr Einstellungen ist.



116 FETTE ENTE FETTE ENTE MIT PILZEN 7,80

IG-Metall Jugendaktionstag und SDAJ Jugendkongress!

Am Samstag, den 27.10., trafen wir uns morgens mit Gewerkschaftsmitgliedern aus unserem Bezirk in Gießen am Bus nach Köln. Die Kolleginnen und Kollegen stimmten sich schon auf den Aktionstag ein und lauschten den Ansagen der Verantwortlichen. In Köln angekommen konnten wir uns einen Überblick verschaffen: über 20.000 junge Menschen waren gekommen und demonstrierten und feierten für eine „Revolution Bildung“. Wichtig war es, dass sich die bundesweit angereisten SDAJ-Gruppen dezentral auf der Demonstration bewegten, um möglichst breit politischen Inhalt mit Fahnen, Schildern, Transparenten und Flyern zu verbreiten, denn dies fehlte an vielen Stellen. Wie beeindruckend die Menge an Jugendlichen auch war, man sah, dass viele zum Feiern und wegen der Konzerte von u.a. Material und Irie Révolté angereist waren. Auf dem Neumarkt gab es die Hauptkundgebung mit inhaltlichen Reden:

Bildung dürfe nicht allein wirtschaftlichen Interessen dienen, und an jedem Jugendlichen klebe fast lebenslang ein Etikett mit „Hauptschule“, „Realschule“ oder „Gymnasium“! Als es weiterging, wurde aus einem Parkhaus herunterhängend die Demo von einem riesigen Transparent „Kampf

von SDAJ, DIFD, Solid, SDS, DGB, COMAC und JCL, in dem Bürgerzentrum Ehrenfeld ein, und das Begrüßungspodium ließ den Jugendkongress als Höhepunkt der SDAJ-Kampagne „Unsere Zukunft statt eure Profite“ vor über 300 Jugendlichen beginnen. Anschließend wählte man einen Workshop aus wie z.B. „Antikapitalistische Perspektiven in Gewerkschaftskämpfen“. In dem Workshop „Lehrjahre sind keine Herrenjahre – Azubis als billige und rechtlose Arbeitskräfte“ haben wir uns erst mit Rechten und Problemen in der Ausbildung befasst und daraus eine Perspektive im Kampf entwickelt. Danach gab es eine interessante



e-mail: sdaj-giessenmarburg@gmx.de, web: <http://comandante.twoday.net/>

Podiumsdiskussion mit Vertretern von SDAJ, DIFD, JAV-Bosch, DGB und Solid Berlin. Den Abschluss bildete eine Resolution, die wir alle gemeinsam verabschiedeten. Ein ereignisreiches Wochenende liegt hinter uns und zeigt eine Perspektive: **Kampf dem Kapital – Ausbeuterouten und Ausbildung erkämpfen!**

dem Kapital – Ausbildungsgesetz statt Ausbildungspakt“ von der SDAJ begrüßt. Zusammenhänge in der Politik brachte auch noch Irie Révolté abends auf dem Konzert mit Songs wie „Travailler“ und „Antifaschist“. Für die SDAJ hieß es 10 Uhr abends Treffpunkt und ab zur Unterkunft. Am Sonntagmorgen fanden sich alle u.a.

Podiumsdiskussion mit Vertretern von SDAJ, DIFD, JAV-Bosch, DGB und Solid Berlin. Den Abschluss bildete eine Resolution, die wir alle gemeinsam verabschiedeten. Ein ereignisreiches Wochenende liegt hinter uns und zeigt eine Perspektive: **Kampf dem Kapital – Ausbeuterouten und Ausbildung erkämpfen!**

Hartz IV: von Schröder geschaffen, von Nahles perfektioniert

Immer mehr Sanktionen werden gegen Hartz-IV-Empfänger verhängt, meist wegen „Meldeversäumnissen“. Knapp 500.000 Menschen bekamen im 1. Halbjahr 2014 ihre mickrigen Kröten (391 Euro im Monat) gekürzt, meist weil sie – aus welchem Grund auch immer – einen Termin nicht wahrgenommen haben. Bundesarbeitsministerin Nahles will jetzt Hartz IV reformieren, nicht abschaffen und auch nicht verträglicher machen. Sie will eine „Weiterentwicklung des Sanktionsrechts“ – noch mehr Druck, noch mehr Schikane. Unter anderem sind vorgesehen:

Die schrittweisen Kürzungen von bisher jeweils 30% sollen durch Festbeträge ersetzt werden; unterm Strich wird dadurch noch stärker, „unbürokratischer“ gekürzt – bis auf Null.

Zieht jemand in eine andere, teurere Wohnung, die aber immer noch unter der zulässigen Obergrenze liegt, wird nur der Betrag der alten Miete erstat-



11. Oktober. Auch am DKP-Stand wurden Unterschriften gegen TTIP und CETA gesammelt, insgesamt bundesweit 250.000 an diesem Tag.

tet. Wer im 4. Stock wohnt, hat dort zu bleiben. Für die Tage, die Kinder z.B. bei dem anderen Elternteil verbringen, sollen

die Bezüge anteilig gekürzt werden. Es ist lachhaft, daß dies als „Verwaltungsvereinfachung“ bezeichnet wird. Das einzig „Positive“ an dem Entwurf ist, daß unter 25 Jahre alte Hartz-IV-Empfänger nicht mehr strenger bestraft werden als ältere; aber das ist ohnehin schon gerichtlich angemahnt worden.

Hartz IV, vor 10 Jahren von der SPD im Rahmen der Agenda 2010 eingeführt, ist eine Schande. Es kann jeden treffen, auch wenn der Arbeitsplatz heute noch sicher scheint. Es bedeutet gesetzliche Armut, behördliche Bosheit, Einschüchterung und Demütigung und verstößt gegen die in der Verfassung festgelegten Grundrechte. Es ist ein einziges in Paragraphen gefaßtes Unrecht – und nicht „reformierbar“!

gegen die in der Verfassung festgelegten Grundrechte. Es ist ein einziges in Paragraphen gefaßtes Unrecht – und nicht „reformierbar“!

Ehrung von Ria Deeg



Ria Deeg während einer ihrer vielen Ansprachen zum Antikriegstag

Auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember wird Michael Beltz beantragen, daß Ria Deeg - wie andere Gießener Antifaschistinnen - in der Plockstraße mit der Darstellung ihres Kopfes geehrt wird. Dieser Antrag - 2007 erstmalig gestellt, war aus formalen Gründen abgelehnt worden, da seit dem Todestag der zu ehrenden Person mindestens zehn Jahre vergangen sein müssen. Bereits 1987 war Ria Deeg mit der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen ausgezeichnet worden.

Leserbriefe

Das **Hamburger Landgericht** hat die einstweilige Verfügung gegen die ZDF-Sendung "Die Anstalt" die von zwei Journalisten der "Zeit" erwirkt wurde, aufgehoben! Die wahrheitsliebenden Kabarettisten Uthoff und Wagner hatten die einseitige Berichterstattung zur Ukraine führender Medien damit verbunden, dass einflussreiche Journalisten allzu enge Verbindungen zu transatlantischen Lobbyorganisationen unterhielten. Zuvor musste sich die ARD nach lauten Beschwerden bei seinen "Kunden" wegen einseitiger Falschinformationen in gleicher Sache entschuldigen. Schluss mit der Russophobie und Kriegshetze!
Falk Moldenhauer

Hier Rechtsstaat – da Unrechtsstaat?

Politik und Massenmedien hierzulande wollen uns propagandistisch indoktrinieren: Die BRD ist ein Rechtsstaat, die DDR war ein Unrechtsstaat. Mehr bei-läufig ordnet man da den NS-Staat als Unrechtsstaat ein, na klar, die Nazis nannten sich ja auch „Sozialisten“. Dass dies der reine Betrug war, wischt man beiseite. Der westdeutsche Staat, dessen Armee von lauter NS-Wehrmachtsoffizieren aufgebaut wurde, Heusinger, Speidel, Foertsch, dessen Beamte, Lehrer und Richter bis auf wenige Ausnahmen die NS-„Fachleute“ waren, dessen Präsident Heuss zwar kein Faschist war, aber als Reichstagsabgeordneter für das Ermächtigungsgesetz der Nazis gestimmt hatte, und Kanzler Adenauer, der schon immer die NSDAP an der Regierung der Weimarer Republik beteiligen wollte und der den Nürnberger Rassegesetzesmacher Globke zu seinem Staatssekretär ernannte – das war also die Geburt eines Rechtsstaats.

Die DDR mit den NS-Gegnern Präsident Pieck und Ministerpräsident Grotewohl an der Spitze, deren Armee als Antwort auf die westdeutsche Rüstung von antifaschistischen Kämpfern für die spanische Republik aufgebaut wurde, welche auf NS-Fachleute verzichtete und neue, zugegeben zuweilen fachlich mangelhafte, Richter und Lehrer ausbildete – daraus konnte natürlich nur ein Unrechtsstaat werden. Da stehen die Dinge wohl auf dem Kopf.

BRD – schon der Name tat so, als ob es nach der NS-Zeit das Wichtigste wäre, einen föderalen Bundesstaat zu errichten. Der Teilstaat nannte sich „Deutschland“, verlangte also in alter imperialistischer Manier aggressiv die Einverleibung des zweiten deutschen Staates. Nach kümmerlichem Versuch gab Heuss auf, für die BRD eine neue Hymne zu finden. Ältere Menschen hörte ich sagen: „Nach der dritten Strophe des

Deutschlandliedes warte ich immer aufs 'Horst-Wessel-Lied'“. Entsprechend entwickelte sich der westdeutsche Staat weiter. 1951 wurden die FDJ und weitere aufrüstungsgegnersche Organisationen verboten, 1956 nach jahrelangem Prozess die KPD. Frühere Nazi-Polizeikommissare und faschistische Richter verhafteten erneut Antifaschisten, so auch in Gießen geschehen bei der Verhaftung des AOK-Angestellten Walter Deeg, dessen Frau Ria bis 1956 Gießener Stadtverordnete der KPD war.

Nun wird mancher fragen, wieso wurde dann die BRD zur Großmacht und brach die DDR zusammen? Die BRD setzte mit ihren Politikern und Industriekapitänen genau da wieder ein, wo der Staat von Weimar aufgehört hatte. Die DDR hatte sich vorgenommen, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen, die Krieg und Faschismus für immer verbannte, wozu eine neue ökonomische Ordnung unabdingbar war. Diese schwere Aufgabe hat die DDR auf Dauer nicht gemeistert. Dies zeigte sich endgültig, als man dazu überging, sich die Ergebnisse seiner Politik schönzureden. „Nicht anerkennen, was ist, ist ein Unding“, hatte Lenin gesagt, Lenin, der darauf aufmerksam gemacht hatte, dass man mit „unmittelbaren Befehlen“ in der Ökonomie nur scheitern kann, dass „Amtsrespekt, Zeremonien und muffigste Routine“ nichts in der Verwaltung des sozialistischen Staates zu suchen haben. In ihrem hohen Alter noch legte Ria Deeg nach dem Scheitern der DDR diese Hinweise Lenins ihren Freunden ans Herz.

Der westdeutsche Staat geht seinen Weg der Aggression nach innen (z. B. Sozialabbau) und Aggression nach außen (Kriegeinsätze) weiter. Wann wird endlich, wie von den Gießener Stadtverordneten schon 2007 beschlossen, Ria Deeg durch Benennung einer Straße geehrt?

Klaus Mewes

Mal hü, mal hott, lauten die Konjunkturprognosen der sog. Wirtschaftsexperten und ihren Politikern über „unsere“ kapitalistische Wirtschaftsordnung. Dies ist nichts Neues (s. GE-Artikel, 9/14 von K. Mewes). Die Prognosen von Euphorie bis zu Depression erscheinen in immer kürzeren Abständen und verwirren bewusst. In der Psychopathologie spricht man von einer manisch-depressiven Erkrankung. So das Herbstgutachten. Auch bei der SPD heißt es z.B.: „Fast alle Konjunkturdaten der Institute sehen düster aus, das wird ja heiter in der Koalition“ (dpa 17.10.14). Der „Fachmann“ und verantwortliche SPD-Minister Gabriel vergrößert das Chaos rezidivierend. Diesen Zustand charakterisierte Bert Brecht bzgl. der Weltwirtschaftskrise 1929 bereits: *„Die Männer in den Konjunkturforschungsinstituten, die auch über die genauen Notierungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Erscheinungen verfügen, zeigen ihren Kopf dadurch, daß sie ihn schütteln.“*
Uwe Moldenhauer

"Ich war nur fingerdick"



Im KiZ (Kultur im Zentrum) fand im Oktober eine Ausstellung "grün" im Rahmen der LaGa statt. Das hier abgebildete Werk heißt "grün" und ist von Wenemar Rustige. Auf den Holzbalken stehen in der Reihenfolge von links nach rechts folgende Sätze:

*ICH WAR NUR FINGERDICK
 ICH STAND AUF KRIEGSSCHUTT
 ICH STAND AUF SCHLECHTEM GRUND
 ICH WAR KRANK
 ICH STOERTE DIE SICHTACHSE
 ICH WAR EIN KRUEPPEL*

Dies waren die "Erklärungen" der Stadt, zur Rechtfertigung der vielen Baumfällungen für die LaGa.

"Das ist in etwa so, als würde ein Beziehungsvon Hartz IV ein neues Auto kaufen und danach in die Südsee auf Kreuzfahrt gehen," schrieb der Mitarbeiter der Gießener Allgemeinen "mö" am 15.10.11 im Hinblick auf die Kosten der LaGa.

"Ursachen der Eskalation in der Ukraine"



Unser Bild zeigt rechts den Referenten, links Michael Beltz vom DKP-Kreisvorstand.

Unter diesem Titel stand eine Veranstaltung der DKP Gießen, unterstützt von SDAJ, Rote Hilfe und VVN-BdA, am 8. 10. Der Referent Klaus Hartmann, Vorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes, nannte als Ursachen des Krieges vor allem das Bestreben der EU und der USA, die Ukraine als Rohstoffquelle auszubeuten und als Absatzmarkt zu sichern. Außerdem soll Russland militärisch eingekreist und wirtschaftlich geschwächt werden. Russland sei nach dem Zerfall der Sowjetunion zwar nicht mehr sozialistisch, unterscheide sich aber durch einen großen staatlichen Anteil an den Produktionsmitteln noch deutlich vom westlichen Kapitalismus und sei vor allem nicht als imperialistisch einzuordnen.



Redaktionsschluß für Dezember-Echo: Mi., 26.11.2014

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv
 Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.
 Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:
 das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

e-mail:

Nazi-Verbrechen endlich aufarbeiten

Mainzlar

Auch in Mainzlar war im Bereich der heutigen Didierwerke, genannt „Schmott“, ein Kriegsgefangenenlager. Am 1.4. 1943 waren dort 152 Kriegsgefangene aus der Sowjetunion eingesperrt. Sie mussten im Werk arbeiten, Augenzeugen berichteten von „Halbverhungerten“. - Die Stadt Staufenberg sollte diese längst überfällige Aufarbeitung ihrer Vergangenheit bald

in Angriff nehmen, gerade vor dem Auftreten von Rechtsradikalen im Lumdata. H.R.

Nachtrag Lollar

Das Verfahren gegen den Lollarer T.B wegen fahrlässiger Tötung des Kriegsgefangenen Carlo Rota am 22.9.1944 wurde bereits 1953 eingestellt (vgl. Gießener Echo Nr. 10/14).



10 Wochen kostenlos testen
 CompressVerlag, Hoffnungs-
 Str. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

DKP und SDAJ laden ein "Antifa heißt Luftangriff" Diskussionsveranstaltung mit Jürgen Lloyd,

Leiter der Karl-Liebknecht-Schule der DKP in Leverkusen
Antifaschismus heute ist zunehmend systemfromm und affirmativ – oftmals pure Ideologie. Mit marxistischer Analyse des Faschismus als terroristische Form bürgerlicher Herrschaft hat er immer weniger zu tun.
am Mittwoch, dem 12. November, um 19.30 Uhr, im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle

Veranstaltung der ver.di-Jugend

am Donnerstag, dem 27. November um 19 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Walltorstr. 17

"Bedingungsloses Grundeinkommen"

Referentin:

Mag Wompel (Industriesoziologin/ver.di)

Der 9. November 2014 diesmal ohne Kommunisten und VVN/BdA.

Seit 1978 findet in Gießen ein Mahngang zum Gedenken an die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung am 9./10. November 1938 statt.

Initiiert hatten diese Veranstaltung im Wesentlichen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA), Antifaschisten wie Frank Pötter und kommunistische Widerstandskämpfer wie das DKP- und VVN/BdA-Mitglied Ria Deeg prägten den Mahngang mit und waren gern gesehene Redner.

Nach 1989 gelang es diese Tradition des Mahnganges am Leben zu erhalten. Latenter oder offener Antikommunismus und Streit um die Frage „was ist Faschismus“ gehörten jedoch seither zur Begleitmusik des Mahnganges.

Trotz aller Unterschiede gelang es, an der gemeinsamen Losung festzuhalten: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“.

Durch das Auftauchen der sogenannten „Antideutschen“ wurde die Schwäche der deutschen Linken unübersehbar.

Auch in Gießen konnte diese, selbst im Kontext bürgerlicher Ideologie rechte Gruppierung, Fuß fassen, deren Hauptanliegen die Solidarität mit dem

Staat Israel ist. Einer der wenigen Punkte, wo Linke und diese Gruppe sich noch trafen, war der Mahngang. Der einzige Konsens war der Kampf gegen den Antisemitismus; Antifaschismus fiel als gemeinsame Plattform aus, weil man keinen gemeinsamen Begriff davon hatte.

Beim Mahngang 2013 kam es dann zum Eklat: Ausgerechnet vor dem Gewerkschaftshaus wurde im Redebeitrag der Antideutschen vor allem der von ihnen ausgemachte Antisemitismus der Arbeiterbewegung im allgemeinen, und der der Kommunisten im besonderen gegeißelt - eine Verhöhnung des Widerstandes aus den Reihen der Arbeiterbewegung, eine Verhöhnung der beiden Gießener Kommunisten Ria Deeg und Hans Rosenbaum.

In der nicht falschen Annahme, dass ihr Anteil am Mahngang 2014 nicht mehr unbestritten sein würde meldesten sie nun selbst den Mahngang an - am traditionellen Platz und Uhrzeit. Redebeiträge von VVN/BdA oder von Kommunisten sind nicht zugelassen. Es gilt dieser Entwicklung nicht nur am 9. November 2014 entgegenzutreten!

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern

Nächste Mitglieder- versammlung der DKP

Donnerstag, d. 20. Nov., 19.30 Uhr,
Kongreßhalle, Winchester-Zimmer

Infostand: Samstag, 8. Nov. ab
10.30 Uhr, Seltersweg 15 (vor BIBA)

Verfassungsschutz, Be- spitzelung, Berufsver- bote von 1972 bis heute

mit: Renate Bastian, Frank Deppe,
Silvia Gingold, Bodo Ramelow u.
a. Zeitzeugen

Marburg, Freitag, 14. Nov., 19 Uhr
Technologie- u. Tagungszentrum TTZ,
35039 Marburg, Softwarecenter 3
**Veranstalter: DGB Kreis Marburg-
Biedenkopf + DGB Senioren**



news.dkp.de / dkp-giessen.de

WIR BRAUCHEN GELD!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um weitere Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. - Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930
70,

Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion